



Preisausschreiben

Musicalkarten zu gewinnen

Treptow-Köpenick ist der schönste Bezirk unserer Stadt Berlin. Schnell denkt man an die Altstadt Köpenick, das Rathaus Köpenick oder den Treptower Park. Doch gerade die kleinen, vielleicht weniger bekannten Ecken sind die oftmals besonders schönen. In den zahlreichen Kiezen gibt es viele solcher Orte.

Welcher ist Ihr Lieblingssort in Treptow-Köpenick? Machen Sie ein Bild mit der Kamera oder mit dem Handy und schicken Sie es uns!

Entweder per Post:

Matthias Schmidt, MdB
Ekkehardstraße 1
12437 Berlin

oder per Mail:

matthias.schmidt@bundestag.de

Unter den Einsendungen werden 2x2 Eintrittskarten für die Vorstellung des Musicals „Der Hauptmann von Köpenick“ am Sonntag, den 30. August 2015, ab 18 Uhr, verlost.

Alle Einsendungen werden auf der Homepage veröffentlicht.

In dieser Ausgabe

Bundesverfassungsgericht kippt Betreuungsgeld

CSU erleidet die nächste Schlappe vor Gericht Seite 2

„Deshalb habe ich zugestimmt!“

Bundestag stimmt für Verhandlungen mit Griechenland Seite 3

Fünf Jahre Sicherheit für das Zentrum für Demokratie

Treptow-Köpenick bekommt zwei Partnerschaften für Demokratie Seite 4

Neuer Glanz für Köpenick

Der Hauptmann im sanierten Rathaushof



Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, Märchen sind erfundene Geschichten, denen meist ein kleines bisschen Wahrheit zugrunde liegt. Ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger. Die Geschichte vom Hauptmann von Köpenick, wie sie Carl Zuckmayer erzählt hat, wird von nachfolgenden Generationen vielleicht mal als Märchen wahrgenommen. Mit vielen Körnchen Wahrheit, wie wir wissen, denn den armen Schuster Voigt gab es tatsächlich. Er ist tatsächlich in die Mühlen der Bürokratie geraten und hat tatsächlich die Stadtkasse geplündert. Wer jetzt schmunzelt und glaubt, so etwas passiere heute noch, der hat Humor, aber hoffentlich nicht Recht.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel hat sich sehr für die Sanierung des Rathaushofes und die Verwirklichung dieses Ortes als Kulturstätte eingesetzt. Bargeldloser Zahlungsverkehr ersetzt heute die Stadtkasse. Gern lässt er deshalb jedes Wochenende den Hauptmann von Köpenick herein, ohne Sorge um „sein“ Geld, die Bezirkskasse. Den Hauptmann, von dem wir wissen, dass er ein falscher Hauptmann war. Auch

der Hauptmann, der diesen Sommer jedes Wochenende kommt, ist kein richtiger. Aber er tut so, als sei er es. Mit ihm kommen viele Darsteller, Künstler und Musiker, die die Bühne bevölkern. Und viele hundert Gäste, die auf Stühlen Platz nehmen und Zeugen der Geschichte am Ort des Geschehens werden.

Wenn die Geschichte vom Hauptmann, die sprichwörtliche Köpenickiade, ein Märchen ist, dann feiern wir diesen Sommer ein besonderes Köpenicker Sommermärchen. Jeden Freitag, Samstag und Sonntag Abend im Rathaushof. Bis Ende August gastiert das Hauptmannmusical und begeistert Einheimische und Gäste. Ich durfte schon dabei sein und kann es Ihnen wärmstens empfehlen. Am Wochenende, ohne Uniform, aber in witterungsangepasster Kleidung. Ich versichere Ihnen, dass es sich lohnt!

Genießen Sie den Köpenicker Kultursommer!

Ihr
Matthias Schmidt

Bundesverfassungsgericht kippt Betreuungsgeld

CSU erleidet die nächste Schlappe vor Gericht



Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

Am 21. Juli hat das Bundesverfassungsgericht das von der letzten Bundesregierung beschlossene Betreuungsgeld für nichtig erklärt. Geklagt und Recht bekommen hat der Rot-Grüne Hamburger Senat. Die SPD fordert nun, die freiwerdenden Mittel in den weiteren Ausbau der Kindertagesstätten zu investieren.

Nachdem die Kommission der Europäischen Union die Pläne zur Einführung einer PKW-Maut am 18. Juni mit der Ankündigung einer Klage stoppte, wurde nun das zweite Mal ein Prestigeprojekt der CSU gestoppt.

Eingeführt wurde das Betreuungsgeld, auch bekannt geworden als „Herdprämie“ im Rahmen des Ausbaus der Kindertagesstätten. Hierzu verabschiedete der Bundestag 2008 mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD ein entsprechendes Gesetz. Dieses beinhaltete zum einen, den seit dem 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Zum anderen wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundes der Ausbau der öffentlich geförderten Kinderbetreuung massiv vorangetrieben.

Dass das Angebot an Kitaplätzen be-

sonders in Bayern und Baden-Württemberg nicht ausreichen würde, war schnell klar. Anstatt diese Lücke schnellst möglich zu schließen und mehr Kindertagesstätten einzurichten, wurde auf Betreiben der CSU am 15. Februar 2013 von CDU/CSU und FDP das Betreuungsgeld im Deutschen Bundestag beschlossen. „Es verbessert die Wahlfreiheit von Vätern und Müttern und schließt die verbliebene Lücke im Angebot staatlicher Förder- und Betreuungsangebote für Kinder bis zum dritten Lebensjahr“ so die Begründung für das Gesetz. Seitdem erhielt eine Familie für jedes Kind, das nicht in die Kita gebracht wurde, 150€ Betreuungsgeld. Bereits 2013 lehnte die SPD das Vorhaben strickt ab.

Dass nun das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt hat, wird von der SPD begrüßt. Elke Ferner, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) sagt: „Wir SPD-Frauen begrüßen die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die das Ende des Betreuungsgeldes auf Bundesebene bedeutet.“

Das von schwarz-gelb eingeführte Betreuungsgeld schafft Fehlanreize. Es

zementiert das Ein-Ernährer-Modell und verhindert eine partnerschaftliche Teilung von Familie und Beruf. Studien zeigen uns aber, dass sich viele Eltern mit Kindern genau diese Aufteilung wünschen. Deshalb ist es nur gut, dass das Verfassungsgericht diesem gleichstellungspolitischen Unsinn ein Ende bereitet hat.

Die freiwerdenden Mittel müssen weiterhin den Familien und Kindern in Deutschland zu Gute kommen: Der Kita-Ausbau muss weiter vorangetrieben und die Qualität der frühkindlichen Betreuung verbessert werden. Zudem brauchen wir mehr Ganztagsgrundschulen und eine bessere Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder. Nur so schaffen wir echte Wahlfreiheit für Mütter und Väter.“

Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) stellte nach dem Urteil klar, dass die Familien, welche derzeit Betreuungsgeld erhalten, dies auch bis zum Ende des Bewilligungszeitraums erhalten werden. Keiner Familie soll Geld gekürzt werden. Zugleich macht auch sie sich dafür stark, dass die nun freiwerdenden Mittel in den weiteren Ausbau der Kindertagesstätten fließen.

Für Treptow-Köpenick erklärt Matthias Schmidt: „Ich bin davon überzeugt, dass unsere Kinder in Kindertagesstätten mehr bekommen als eine reine Betreuung. Hier wird soziales Miteinander erlernt und gelebt. Wir haben in Treptow-Köpenick eine weiter steigende Nachfrage nach Plätzen in Kindertagesstätten. Zugleich wollen wir die Qualität garantieren und ausbauen. Das Geld aus dem Betreuungsgeld kann hier sinnvoll investiert werden!“

In Berlin bezogen 6896 Eltern im ersten Quartal 2015 Betreuungsgeld. Laut Senatsjugendverwaltung war das Betreuungsgeld in Berlin "kein Kassenschlager". Von den ein- bis dreijährigen Kindern, die Betreuungsgeld beziehen könnten, gehen 70,5 Prozent in die Kita.

„Deshalb habe ich zugestimmt“

Bundestag stimmt für Verhandlungen mit Griechenland



„In einer Sondersitzung hat der Deutsche Bundestag am 17. Juli 2015 über erneute Hilfen für Griechenland diskutiert. Konkret ging es um die Ermächtigung der Bundesregierung, Verhandlungen im Rahmen der EU mit Griechenland aufzunehmen. Diesem Ansinnen habe ich guten Gewissens zugestimmt.

Unstrittig ist, dass Griechenland sich in einer schweren Krise befindet. Insbesondere bei einem EU-Mitgliedsstaat halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Regierungen in Brüssel darüber reden dürfen, ob und ggf. wie Griechenland geholfen werden kann.

Die Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket für Griechenland werden nun beginnen. Der Verhandlungsspielraum ist durch die Einigung der 19 Staats- und Regierungschefs am 12. Juli 2015 in Brüssel zwar eingeschränkt. Festzuhalten bleibt aber, dass die Abgeordneten des Bundestages bisher noch nicht über konkrete Hilfen, sondern lediglich über die Aufnahme von Verhandlungen abgestimmt haben. Dass selbst diese menschliche Geste von 60 CDU/CSU-Kollegen gegen den Rat des Finanzministers und der Kanzlerin abgelehnt wurde, müssen diese mit ihrem Gewissen ausmachen.

Wir haben nun die vom Deutschen Bundestag mit Mehrheit beschlossenen Verhandlungen und ihre Ergebnisse in Brüssel abzuwarten. Eine Entscheidung über mein Abstimmungsverhalten

treffe ich erst, wenn eine Entscheidungsgrundlage vorliegt. Hilfen um jeden Preis kann und darf es nicht geben. Allerdings stellt sich mir schon heute die Frage der Alternative. Hier wird von den Kritikern stets der sog. Grexit genannt, also der freiwillige Ausstieg Griechenlands aus dem Euro. Denken wir dieses Modell weiter: Die dann einzuführende Drachme würde erheblich abgewertet. Dies würde für Renten und Löhne in Griechenland eine sofortige Abwertung um genau diesen Prozentsatz bedeuten.

Für griechische Unternehmen, die in der Vergangenheit Investitionen – natürlich auf Eurobasis – getätigt haben, bleiben diese Schulden naturgemäß in alter Höhe bestehen. Folglich wird sich die Schuldenlast der einzelnen Unternehmen erheblich (wieder entsprechend des Abwertungsprozentsatzes) erhöhen. Demnach würden beim Grexit Löhne und Renten gehörig reduziert und Unternehmen aufgrund rasant steigender Schulden in den Konkurs getrieben. Kann dies die Alternative für sozialdemokratische Politik sein?

Ich erwarte mit Spannung die Verhandlungen in Brüssel und treffe meine Entscheidungen nach gründlicher Überlegung. Gerne dürfen Sie mir Ihre Gedanken – per email oder Brief – mitteilen. Ich werde diese in meine Entscheidungsfindung mit einbeziehen.“



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro

Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Sprechstunde mit Matthias Schmidt am 1. Samstag im Monat von 10 bis 12 Uhr

Wahlkreisbüro

Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus
Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Fünf Jahre Sicherheit für das Zentrum für Demokratie

Treptow-Köpenick bekommt zwei Partnerschaften für Demokratie

Zur Stärkung lokaler Akteurinnen und Akteure hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ins Leben gerufen. Treptow-Köpenick profitiert im besonderen Maße von diesem Programm.

Ziel ist die bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“. Diese Partnerschaften sollen dazu beitragen, die Zusammenarbeit der staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen zu stärken. Dafür hat der Deutsche Bundestag 30,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

In unserem Bezirk wird es gleich zwei Partnerschaften für Demokratie geben: Eine für ganz Treptow-Köpenick und eine speziell für den Ortsteil Schöne-weide, der 2011 aufgrund seiner hohen Dichte an rechtsgerichteten Geschäften und Lokalitäten bereits Mittel aus dem Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenzen stärken“ erhielt. Um an die Erfolge der bisherigen lokalen Aktionspläne anzuknüpfen, werden nun in zwei Aktionsfonds jeweils 20.000 Euro bereitgestellt.

Die rechtsextreme Szene ist in Treptow-Köpenick noch immer sehr aktiv. Gerade im letzten Jahr gab es vermehrt Übergriffe mit rassistischem Hintergrund. Diesen Tendenzen muss eine lebendige demokratische Kultur entgegenstehen.

Leitziele der Partnerschaften sind u.a. die Schaffung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende, die aktive Präventionsarbeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen sowie der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten insbesondere für Kinder und Jugendli-



Foto: Julia Dittmar

Der Kampf gegen Rechts steht im Mittelpunkt der Partnerschaften für Demokratie

che. Auch die Neubesetzung öffentlicher Räume durch die Kreativszene und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise in die Flüchtlingsarbeit, soll die demokratische Kultur nachhaltig stärken.

Als externe Koordinierungsstelle der Partnerschaften für Demokratie fungiert das Zentrum für Demokratie (ZfD) gegenüber vom Bahnhof Schöne-weide, welches auch in den vergangenen Jahren die lokalen Aktionspläne koordiniert hat. Seit dem Sommer 2004 bietet ZfD politische Bildungsarbeit an und unterstützt Menschen bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Politik, den demokratischen Parteien und der Bezirksverwaltung. Neben der klassischen Bildungsarbeit und Fortbildungsangeboten unterstützt das ZfD auch bei der Organisation von Aktionen und Festen, wie das

„Interkulturelle Fest für Demokratie und Toleranz - gegen Angsträume“, dass jährlich am Bahnhof Schöne-weide stattfindet.

„Es freut mich sehr, dass die wichtige und hervorragende Arbeit des Zentrums für Demokratie mit den beiden ‚Partnerschaften für Demokratie‘ weiter verstärkt und für fünf Jahre gesichert wird. So lange die NPD nicht verboten, ihre Bundeszentrale sich in Köpenick befindet und Rechtsextristen ihr Unwesen in unserem Bezirk treiben, ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unentbehrlich. Die ‚Partnerschaften für Demokratie‘ helfen dabei diese Arbeit weiter zu stärken“, freut sich Matthias Schmidt.

Im August werden die Partnerschaften für Demokratie mit einer Auftaktkonferenz starten. Zur Verwaltung des Aktionsfonds wird ein bezirklicher Begleitausschuss eingerichtet.

Sie wollen **die Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an matthias.schmidt@bundestag.de und Sie erhalten sie stets zuerst.

SPD